

S-8

Titel Eine gerechtere Grundsicherung jetzt!
AntragstellerInnen RemsMurr
Zur Weiterleitung an SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

- 1 Das verheerende Ergebnis, das die SPD bei der Bundestagswahl 2017 erzielt hat, entfachte innerhalb der Par-
2 tei erneut die Diskussion über die Ausrichtung des sozialdemokratischen Erneuerungsprozesses. Während auf
3 der einen Seite wichtige Fragen zur Parteistruktur besprochen werden, werden auf der anderen Seite auch die
4 Stimmen für eine programmatische Neuausrichtung lauter. Eines ist schon mal klar: die deutsche Sozialdemo-
5 kratie verlor nach 2005 erheblich an Vertrauen bei Wähler*innen und konnte bis heute nicht auf Bundesebene
6 an alte Erfolge anknüpfen. Da ist es auch vollkommen egal, dass ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl die
7 Stimmung im Land ganz anders aussah. Die SPD scheint, ein verdammtes Glaubwürdigkeitsproblem zu ha-
8 ben. Schließlich kann sie immer weniger Menschen davon überzeugen, dass sie die richtigen Konzepte zur
9 Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit hat.
- 10 Um verlorengegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen, müssen wir einen konsequenteren Weg in un-
11 serer Sozialpolitik einschlagen. Ziel unserer Politik muss sein, die Solidarität innerhalb der Gesellschaft mehr
12 zu fördern. Wenn wir das schaffen, können wir wieder eine einheitliche Arbeiter*innenbewegung etablieren
13 und die SPD an deren politische Spitze setzen.
- 14 Viele ehemalige SPD-Wähler*innen benennen als Grund für ihr verlorenes Vertrauen die Reformen in der
15 Sozialgesetzgebung, besser bekannt als Agenda 2010 bzw. Hartz-Reformen.
- 16 Die Massenarbeitslosigkeit konnte zwar seitdem verringert werden, dennoch gibt es weitere sozialpolitisch
17 verheerende Entwicklungen seit deren Einführung im Jahr 2005. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter
18 auseinander gegangen und der Niedriglohnsektor ist deutlich größer geworden. Durch die Flexibilisierung des
19 Arbeitsmarktes sind die atypischen Beschäftigungsverhältnisse wie beispielsweise Leiharbeit oder Mini-Jobs
20 massiv angewachsen.
- 21 Die Armutsgrenze wird vom statistischen Bundesamt definiert als 60% des Medianeinkommens der Bevölke-
22 rung. Dies entspricht 1033,42 EUR pro Monat bei Alleinstehenden. Der als Arbeitslosengeld II (ALG II) gezahlte
23 Regelsatz für Alleinstehende von 416,00 EUR (exkl. Zuschuss für Unterkunft und Heizung, Stand 1.1.2018) ist
24 davon meilenweit entfernt. Die Armutsrisikoquote von Arbeitslosen ist laut drittem Armuts- und Reichtums-
25 bericht mit 43 Prozent fast dreimal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung (13 Prozent). Mit dem Regelsatz
26 ist das Leben von großem Verzicht geprägt, soziale Teilhabe ist kaum möglich. Dadurch wird es erschwert,
27 sich weiterzubilden und damit den Anschluss an die Arbeitswelt zu bewahren und in diese wieder integriert
28 zu werden.
- 29 Weitergehende Sanktionen, z.B. aufgrund der Ablehnung ungeeigneter Stellenangebote, sehen wir deshalb als
30 Verstoß gegen die Menschenwürde an. Wer ohnehin unter der Armutsgrenze lebt, sollte nicht weiter gegängelt
31 werden und keine Kürzungen befürchten müssen.
- 32 Für ALG-II-Bezieher*innen mit einem Minijob gibt es einen monatlichen Freibetrag von 100€ für das eigene
33 Einkommen. Was darüber hinausgeht, fließt nur zu 20% an Bezieher*innen. Im Falle eines Verdienstes kom-
34 men von 450€ nur 170€ und damit nur 38% des Verdienstes bei Arbeiter*innen an. Das ist kein wirklicher
35 Anreiz für eine Tätigkeit und von einer angemessenen Entlohnung weit entfernt. Auf diese Art ist es auch nicht
36 möglich, ALG-II-Bezieher*innen zu einer zusätzlichen Tätigkeit zu motivieren, da die Tätigkeit sich nicht lohnt
37 und die reale Entlohnung unter den Mindestlohn sinkt.

38 Eine Erhöhung um wenige Euro jährlich ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und kann die grund-
39 genden Probleme des aktuellen Systems und der Bezieher*innen nicht lösen. Immerhin stehen wir Jusos und
40 die SPD für soziale Gerechtigkeit, deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe, den sozial schwächsten solidarisch
41 zu zeigen und diesen als erstes zu helfen.

42 Das repressive System von Hartz IV wirkt sich auch auf die gesamte Gesellschaft aus. Wird nach dem Verlust der
43 Arbeitsstelle nicht unmittelbar eine neue gefunden, so führt das automatisch zu einem geringen Lebensstan-
44 dard. Erst wenn das eigene Vermögen bis zur geringen Schongrenze verbraucht ist, wird die Grundsicherung
45 bewilligt. Selbst der Verlust der Arbeit aufgrund durch Erkrankungen führt zwangsläufig zu Armut. Dies erhöht
46 den Druck auf arbeitende Personen. Folge ist eine erhöhte Leistungsbereitschaft bis hin zum Burn-Out. Ferner
47 kann die Solidarität der arbeitenden Gesellschaft zur armen Gesellschaft darunter leiden, in dem der erhöhte
48 Lebensstandard als gerechtfertigt gesehen wird, was sich u.a. an Stigmatisierung und Diskriminierung arbeits-
49 suchender Menschen zeigt. Diese Stigmatisierung wurde auch in der Art und Weise, wie die Einführung von
50 Hartz IV von Spitzenpolitiker*innen der SPD argumentiert wurde, zementiert.

51 Der geringe Regelsatz in der Grundsicherung (ALG II und Sozialhilfe) führt dazu, dass immer mehr Menschen
52 auf die Unterstützung durch Tafelläden angewiesen sind. An der Statistik von Tafel Deutschland lässt sich ab-
53 lesen, wann die Agenda 2010 zu tragen kam. Während es im Jahre 2005 insgesamt 480 Tafeln in Deutschland
54 gab, gab es ein Jahr später schon 657 Tafelläden. 2017 hatten insgesamt 934 Tafelläden geöffnet. Das Konzept
55 der Tafeln ist sozialpolitisch aus zwei Gründen falsch: Erstens wird dadurch die Daseinsfürsorge vom Sozi-
56 alstaat auf Ehrenamtliche abgewälzt und zweitens wird dadurch die physische Existenz einzelner Menschen
57 von freiwilligen Spenden abhängig gemacht. Diese Abhängigkeit führt unter anderem dazu, dass sich auf Ta-
58 feln angewiesenen Menschen in ständiger Konkurrenz zueinander stehen. Dies birgt das Risiko, dass sozial
59 schlechter gestellte Menschen gegen andere sozial schlechter gestellte Menschen ausgespielt werden. Gera-
60 de am Beispiel der Essener Tafel Anfang 2018 konnte man* das gut beobachten. Die SPD muss endlich die
61 Tafeln überflüssig machen!

62 Durch die Agenda 2010 liegt die Hauptverantwortung, eine neue Beschäftigung zu finden, fast ausschließ-
63 lich beim arbeitssuchenden Menschen selbst. Dies kann allerdings nicht aufgehen: Im März 2018 waren laut
64 Bundesagentur für Arbeit etwa 2.458.000 Menschen arbeitslos gemeldet, dem standen lediglich etwa 778.000
65 offene Arbeitsstellen gegenüber. Das ist nicht mal die Hälfte.

66 Deshalb fordern wir:

- 67 • eine deutliche Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung,
- 68 • die sofortige Abschaffung sämtlicher Sanktionen für Empfänger*innen von Grundsicherungsleistun-
69 gen,
- 70 • die Einführung einer Zumutbarkeitsgrenze im ALG II,
- 71 • die Erhöhung des Schonvermögens und der Freibeträge in der Grundsicherung sowie
- 72 • keine Anrechnung des Kindergeldes auf das Einkommen

73

74 **Begründung**

75 Das verheerende Ergebnis, das die SPD bei der Bundestagswahl 2017 erzielt hat, entfachte innerhalb der
76 Partei erneut die Diskussion über die Ausrichtung des sozialdemokratischen Erneuerungsprozesses. Während
77 auf der einen Seite wichtige Fragen zur Parteistruktur besprochen werden, werden auf der anderen Seite
78 auch die Stimmen für eine programmatische Neuausrichtung lauter. Eines ist schon mal klar: die deutsche
79 Sozialdemokratie verlor nach 2005 erheblich an Vertrauen bei Wähler*innen und konnte bis heute nicht
80 auf Bundesebene an alte Erfolge anknüpfen. Da ist es auch vollkommen egal, dass ein halbes Jahr vor der
81 Bundestagswahl die Stimmung im Land ganz anders aussah. Die SPD scheint, ein verdammtes Glaubwür-
82 digkeitsproblem zu haben. Schließlich kann sie immer weniger Menschen davon überzeugen, dass sie die
83 richtigen Konzepte zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit hat.

84 Um verlorengegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen, müssen wir einen konsequenteren Weg in un-
85 serer Sozialpolitik einschlagen. Ziel unserer Politik muss sein, die Solidarität innerhalb der Gesellschaft mehr
86 zu fördern. Wenn wir das schaffen, können wir wieder eine einheitliche Arbeiter*innenbewegung etablieren
87 und die SPD an deren politische Spitze setzen.

88 Viele ehemalige SPD-Wähler*innen benennen als Grund für ihr verlorenes Vertrauen die Reformen in der
89 Sozialgesetzgebung, besser bekannt als Agenda 2010 bzw. Hartz-Reformen.

90 Die Massenarbeitslosigkeit konnte zwar seitdem verringert werden, dennoch gibt es weitere sozialpolitisch
91 verheerende Entwicklungen seit deren Einführung im Jahr 2005. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter
92 auseinander gegangen und der Niedriglohnsektor ist deutlich größer geworden. Durch die Flexibilisierung des
93 Arbeitsmarktes sind die atypischen Beschäftigungsverhältnisse wie beispielsweise Leiharbeit oder Mini-Jobs
94 sind massiv angewachsen.

95 Die Armutsgrenze wird vom statistischen Bundesamt definiert als 60% des Medianeinkommens der Bevölke-
96 rung. Dies entspricht 1033,42 EUR pro Monat bei Alleinstehenden. Der als Arbeitslosengeld II (ALG II) gezahlte
97 Regelsatz für Alleinstehende von 416,00 EUR (exkl. Zuschuss für Unterkunft und Heizung, Stand 1.1.2018) ist
98 davon meilenweit entfernt. Die Armutsrisikoquote von Arbeitslosen ist laut drittem Armuts- und Reichtums-
99 bericht mit 43 Prozent fast dreimal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung (13 Prozent). Mit dem Regelsatz
100 ist das Leben von großem Verzicht geprägt, soziale Teilhabe ist kaum möglich. Dadurch wird es erschwert,
101 sich weiterzubilden und damit den Anschluss an die Arbeitswelt zu bewahren und in diese wieder integriert
102 zu werden.

103 Weitergehende Sanktionen, z.B. aufgrund der Ablehnung ungeeigneter Stellenangebote, sehen wir deshalb als
104 Verstoß gegen die Menschenwürde an. Wer ohnehin unter der Armutsgrenze lebt, sollte nicht weiter gegängelt
105 werden und keine Kürzungen befürchten müssen.

106 Für ALG-II-Bezieher*innen mit einem Minijob gibt es einen monatlichen Freibetrag von 100€ für das eigene
107 Einkommen. Was darüber hinausgeht, fließt nur zu 20% an Bezieher*innen. Im Falle eines Verdienstes kom-
108 men von 450€ nur 170€ und damit nur 38% des Verdienstes bei Arbeiter*innen an. Das ist kein wirklicher
109 Anreiz für eine Tätigkeit und von einer angemessenen Entlohnung weit entfernt. Auf diese Art ist es auch nicht
110 möglich, ALG-II-Bezieher*innen zu einer zusätzlichen Tätigkeit zu motivieren, da die Tätigkeit sich nicht lohnt
111 und die reale Entlohnung unter den Mindestlohn sinkt.

112 Eine Erhöhung um wenige Euro jährlich ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und kann die grund-
113 legenden Probleme des aktuellen Systems und der Bezieher*innen nicht lösen. Immerhin stehen wir Jusos und
114 die SPD für soziale Gerechtigkeit, deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe, den wirtschaftlich Schwächsten
115 solidarisch zu zeigen und diesen als erstes zu helfen.

116 Das repressive System von Hartz IV wirkt sich auch auf die gesamte Gesellschaft aus. Wird nach dem Verlust der
117 Arbeitsstelle nicht unmittelbar eine neue gefunden, so führt das automatisch zu einem geringen Lebensstan-
118 dard. Erst wenn das eigene Vermögen bis zur geringen Schongrenze verbraucht ist, wird die Grundsicherung
119 bewilligt. Selbst der Verlust der Arbeit aufgrund durch Erkrankungen führt zwangsläufig zu Armut. Dies erhöht
120 den Druck auf arbeitende Personen. Folge ist eine erhöhte Leistungsbereitschaft bis hin zum Burn-Out. Ferner
121 kann die Solidarität der arbeitenden Gesellschaft zur armen Gesellschaft darunter leiden, in dem der erhöhte
122 Lebensstandard als gerechtfertigt gesehen wird, was sich u.a. an Stigmatisierung und Diskriminierung arbeits-
123 suchender Menschen zeigt. Diese Stigmatisierung wurde auch in der Art und Weise, wie die Einführung von
124 Hartz IV von Spitzenpolitiker*innen der SPD argumentiert wurde, zementiert.

125 Der geringe Regelsatz in der Grundsicherung (ALG II und Sozialhilfe) führt dazu, dass immer mehr Menschen
126 auf die Unterstützung durch Tafelläden angewiesen sind. An der Statistik von Tafel Deutschland lässt sich ab-
127 lesen, wann die Agenda 2010 zu tragen kam. Während es im Jahre 2005 insgesamt 480 Tafeln in Deutschland
128 gab, gab es ein Jahr später schon 657 Tafelläden. 2017 hatten insgesamt 934 Tafelläden geöffnet. Das Konzept
129 der Tafeln ist sozialpolitisch aus zwei Gründen falsch: Erstens wird dadurch die Daseinsfürsorge vom Sozi-
130 alstaat auf Ehrenamtliche abgewälzt und zweitens wird dadurch die physische Existenz einzelner Menschen
131 von freiwilligen Spenden abhängig gemacht. Diese Abhängigkeit führt unter anderem dazu, dass sich auf Ta-
132 feln angewiesenen Menschen in ständiger Konkurrenz zueinander stehen. Dies birgt das Risiko, dass sozial
133 schlechter gestellte Menschen gegen andere sozial schlechter gestellte Menschen ausgespielt werden. Gera-
134 de am Beispiel der Essener Tafel Anfang 2018 konnte man* das gut beobachten. Die SPD muss endlich die
135 Tafeln überflüssig machen!